

II. Demokratie unter Druck

Eine kaum übersehbare Anzahl von Studien beschreibt die Ursachen für die wachsenden Erosionen des demokratischen Systems:¹ die Privatisierung hoheitlicher Aufgaben, Erscheinungen der Entparlamentarisierung wie das Gesetzgebungsoutsourcing oder die „paktierte Gesetzgebung“, schließlich die Missachtung des Vorrangs des Gesetzes z. B. beim Atommoratorium oder der Aussetzung der Wehrpflicht, beides im Jahr 2011. Hier können an dieser Stelle nur wenige Phänomene in den Blick genommen werden. Die Schwächung des repräsentativen Systems wird im nächsten Abschnitt behandelt.

Die Unzufriedenheit wird vor allem dadurch genährt, dass das politische System nicht – mehr? – die von den Menschen erwarteten Leistungen erbringt. Als Ungerechtigkeit wird von vielen Menschen ihr Ausschluss von den Grundbedürfnissen empfunden, der die Wahl autoritärer Populisten begünstigt: Wenn der Staat nicht mehr im täglichen Leben als wirkmächtig wahrgenommen wird, fühlen sich die Menschen „abgehängt“ und vom politischen System „nicht gehört“. Wo die Daseinsvorsorge versage, so eine Umfrage – finde das Narrativ autoritärer

1 Vgl. H. Dreier, Vom Schwinden der Demokratie, in: F. W. Graf, H. Meier (Hrsg.), Die Zukunft der Demokratie, München 2018, S. 41 ff.

Populisten fruchtbaren Boden. Entscheidend für die Radikalisierung sei ein als unzureichend empfundener Zugang zu gesellschaftlichen Grundgütern: Gesundheit, Mobilität, Sicherheit sowie Wohnen. Die zentralen Begriffe seien Daseinsvorsorge und Erreichbarkeit, und diese Lebensbedingungen hätten sich für die Bewohner ländlicher Regionen in den vergangenen Jahren verschlechtert. In diesen Regionen habe die AfD überdurchschnittliche Erfolge erzielt.² Auch der Abbau sozialer Foren dürfte zu diesem Effekt beitragen. Dies zeigt eine Untersuchung, der zufolge im Norden Englands das Verschwinden von Einkaufsmöglichkeiten, Pubs und „Youth Clubs“ zu einem deutlichen Anstieg der populistischen United Kingdom Independence Party (UKIP) geführt hat.³

Auch wenn nicht zu bestreiten ist, dass in Deutschland wie auch in den meisten europäischen Ländern in Sachen Gesundheit, Ernährung, Wohnen, Arbeitsbelastung, -zeiten und -sicherheit sowie Bildung und Freizeit ein historisch einmalig hohes Niveau erreicht worden ist, so profitieren bei Weitem nicht alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Weise von den Errungenschaften. Damit gerät eine empfundene oder auch tatsächliche Ungleichheit in den Blick.

Einige der vielfach empfundenen Defizite sollen im Folgenden in drei Bereichen betrachtet werden. Der erste

2 Vgl. den Bericht von R. Hank, Wo ist das nächste Postamt? Was der AfD-Erfolg mit der lückenhaften Daseinsvorsorge zu tun hat, FAZ v. 06.04.2025, S. 18.

3 Th. Fetzner, J. Edenhofer, P. Garg, Nährboden für Populisten, FAZ v. 07.04.2025, S. 16.

behandelt die wachsende Ungleichheit. Es folgen – damit durchaus zusammenhängend – die Störungen des traditionellen Aufstiegsversprechens; ferner die Infragestellung der eigenen Identität durch neue Werte auch als Folge der Europäisierung und Globalisierung.

1. Ungleichheit

Das Gleichheitsversprechen steht am Beginn einer demokratischen Regierung: Wir erachten als selbstverständliche Wahrheit, „dass alle Menschen gleich geschaffen sind“, wie es zu Beginn der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 heißt. Und ähnlich formuliert Art. 1 der wenige Tage später, am 12. Juli 1776, beschlossenen Bill of Rights von Virginia: „Alle Menschen sind von Natur gleichermaßen frei und unabhängig.“ Dem folgt die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 mit ihrem Art. 1: „Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im gemeinen Nutzen begründet sein.“

Es bestehen für den französischen Politikwissenschaftler Pierre Rosanvallon keine Zweifel, dass für beide Revolutionen die Gleichheit die zentrale Idee und Bewegung darstellte.⁴ Für die amerikanische Revolution sieht das ebenso Alexis de Toqueville, wenn er die amerikanische

4 So P. Rosanvallon, *La société des égaux*, Seuil 2011, S. 15, 27 zur Französischen Revolution.

Gesellschaft als „société de semblables“ bezeichnet⁵ und auf die christliche Vorstellung der Gleichheit aller Menschen vor Gott hinweist.⁶

Die Gleichheit aller Bürger und mittlerweile auch aller Bürgerinnen stellt das zentrale Prinzip der Demokratietheorie dar. Nur so kann Fremdherrschaft ausgeschlossen werden. Dazu müssen „alle Mitglieder einer demokratischen Gemeinschaft als Gleiche behandelt werden, sonst würden einzelne Mitglieder durch andere Mitglieder fremdbestimmt“.⁷ Demokratische Gleichheit bezieht sich allerdings ausschließlich auf dieselben Rechte bei der politischen Willensbildung, insoweit respektiert jeder den anderen als Gleichen. Sie bedeutet allerdings nicht Gleichheit im sozialen Leben. Diese ist einer der Gegenstände politischer Gestaltung. Das Ausmaß sozialer Gleichheit kann eine der Voraussetzungen für eine gelingende Demokratie darstellen. Ein Übermaß an sozialer Ungleichheit kann deshalb eine Gesellschaft auseinanderreißen.

Die These von der auseinanderdriftenden Gesellschaft nennt Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach eine Erzählung, die so vertraut ist, dass sie kaum noch infrage gestellt wird. So könne man seit Jahrzehnten in zahllosen Kommentaren und Analysen lesen: Die Reichen würden immer reicher, die Armen immer ärmer.

5 A. Tocqueville, *De la démocratie en Amérique*, hrsg. v. Eduardo Nolla, Paris 1990, II, S. 146.

6 Ebd., I, S. 13, und II, S. 28.

7 Ch. Möllers, *Demokratie. Zumutungen und Versprechen*, 3. Aufl., Berlin 2012, S. 15 f.

Diese Vorstellung sei so verbreitet, dass ihr kaum noch jemand widerspreche. „Geht man der Sache aber etwa mit Hilfe der Daten des Statistischen Bundesamtes nach, stellt sich heraus, dass sich an der Sozialstruktur in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nur wenig geändert hat. Doch das wird kaum zur Kenntnis genommen.“⁸

Wurden die Verteilungsauseinandersetzungen durch kontinuierliche Wachstumsraten der Wirtschaft lange Zeit gedämpft, drohen jetzt durch die Folgen der Coronapandemie, den Klimawandel und die aufgrund des Ukrainekriegs stark gestiegenen Energiepreise zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte länger anhaltende substantielle Wohlstandsverluste.⁹

Dass die Deutschen an der Chancengleichheit zweifeln, zeigt eine Untersuchung des Frankfurter Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) vor einigen Jahren.¹⁰ Die Erhebung macht deutlich, wie weit die Realität in den Augen der Befragten von den Idealen Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit entfernt ist. So wird ein ungerechtes Wirtschaftssystem häufig als Grund für großen materiellen Wohlstand genannt. Die mit dem Selbstverständnis einer leistungsorientierten demokratischen Marktwirtschaft am besten in Einklang zu

8 Th. Petersen, Warnzeichen der Radikalisierung, FAZ v. 20.08.2022, S. 8.

9 V. Best, F. Decker, S. Fischer, A. Küppers, Demokratievertrauen in Krisenzeiten, hrsg. v. Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2023, S. 8.

10 J. Becker, R. Bieräugel, O. Nüchter, A. Schmid, Einstellungen zum Reichtum in Deutschland, WSI-Mitteilungen 3/2009, S. 158 ff.

bringenden Begründungen des Reichtums durch individuellen Einsatz und eigenverantwortliches Handeln werden demgegenüber seltener genannt.

Doch dieses Urteil hängt vor allem von der eigenen Lebenslage ab. Vor allem die soziale Stellung ist entscheidend: Wer sich als Angehöriger der Arbeiterschicht sieht, arbeitslos ist oder in Ostdeutschland lebt, stimmt dieser These eher zu als Befragte mit einem höheren Bildungsstand. Reichtum wird jedoch nicht generell abgelehnt, sondern als notwendige Bedingung für gesellschaftlichen Fortschritt gesehen. Allerdings befürchten 80 Prozent der Befragten, dass zu großer Reichtum zu Spannungen und Problemen in der Gesellschaft führt. Eine deutliche Mehrheit kritisiert auch die ungerechtfertigten Vorteile, die Reiche und Erben genießen. Es stört aber drei Viertel nicht, wenn Reiche besser wohnen und eine höhere Rente bekommen als sie selbst. Eine Mehrheit findet es hingegen ungerecht, dass Vermögende ihren Kindern eine bessere Ausbildung finanzieren können. Eine überwältigende Mehrheit hält einen größeren politischen Einfluss sowie eine bessere medizinische Versorgung für Reiche für ungerecht. Das zeigt sich in der Kritik einer möglicherweise besseren ärztlichen Versorgung von Privatpatienten, die politisch durch die Einführung einer sog. Bürgerversicherung beendet werden soll.

Auf den ersten Blick überrascht eine Bemerkung des Direktors des Leibniz-Instituts für Bildungsforschung in Frankfurt a. M., Kai Maaz. Danach sei das System insgesamt offener und flexibler geworden. Die Entscheidung

nach der Grundschule bestimme nicht mehr über den Abschluss, den Kinder und Jugendliche machten. Es gebe die Möglichkeit, Entscheidungen zu revidieren.¹¹ Das ändert nichts an der grundsätzlichen Feststellung, dass es der deutschen Bildungspolitik trotz aller Reformbemühungen in den vergangenen 25 Jahren nicht gelungen ist, die soziale Herkunft und den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen substanziell voneinander zu entkoppeln.¹² So beschreibt der Bildungsökonom Ludger Wößmann die heute wohl allgemein anerkannte Realität in Deutschland: „Kaum anderswo auf der Welt ist eine gute Bildung so sehr von der Herkunft abhängig wie in Deutschland.“¹³ Es gebe kaum ein anderes Land, in dem die von TIMSS und PISA gemessenen Bildungsleistungen der Schüler stärker vom familiären Hintergrund abhängen als in Deutschland. Die Kompetenzen, die Chance und Aufstieg durch Bildung bedingten, hingen bei uns stärker als anderswo von der gesellschaftlichen Stellung der Eltern ab.¹⁴ Genauso

11 K. Maaz, HR, Hessenschau v. 16.04.2025.

12 A. Marx, K. Maaz, Wie lassen sich Bildungsungleichheiten effektiv verringern? Die deutsche Schule 2023, S.189 ff. – Auch die CDU/CSU-SPD-Koalition will – so heißt es in Kap. 2.4 des Koalitionsvertrags von 2025 – Bildungsgerechtigkeit fördern: „Kinder und Jugendliche sollen ihr Potential unabhängig von ihrer Herkunft ausschöpfen können.“

13 L. Wößmann, Aufstieg durch Bildung. Bildungspolitik für den Zugang zur gesellschaftlichen Mitte, hrsg. v. Herbert Quandt-Stiftung, Frankfurt am Main 2009, S. 16.

14 Das Ergebnis zeige sich vor allem bei den Studierenden: 83 Prozent der Kinder von Vätern mit Hochschulabschluss, aber nur 23 Prozent der Kinder von Vätern ohne Hochschulabschluss fingen

befürchten in Frankreich 65 Prozent der Franzosen, dass das Schulsystem nicht die gleichen Chancen für alle Kinder biete, sondern Erfolg vom sozialen Umfeld abhängt. „Ce faisant, elles alimentent un circle vicieux qui accroit la ségrégation sociale.“¹⁵

Das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ stellte auch bei der Bundestagswahl 2025 für 34 Prozent der Befragten nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen ein wichtiges Thema für die Wahlentscheidung dar. Kurz dahinter stand mit dem Thema „Rente“ ebenfalls ein Verteilungsthema.¹⁶ Vor allem in Großstädten wurde die Wohnungsfrage thematisiert: In den größeren Städten finden sich kaum mehr bezahlbare Wohnungen. Vor allem jüngere Menschen werden damit in ihrer beruflichen Mobilität empfindlich eingeschränkt. „Offenbar gibt es in der Gesellschaft so etwas wie eine empfundene Ungerechtigkeit, die Ansicht, dass gerade der eigenen Gruppe materiell und ideell nicht die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die ihr eigentlich zukommt.“¹⁷ Als Beispiel werden auch die Bauernproteste und der Streik der Lokomotivführer vor einiger Zeit genannt.

selbst ein Studium an, so Wößmann, a.a.O., S. 17. – Ganz anders interpretiert der Soziologe H. Bude ähnliche Zahlen. Er spricht von einer Erfolgsgeschichte: „Der soziale Aufstieg gelingt, nur nicht in dem Maße wie früher.“ FAS v. 13.11.2011, S. 33.

15 J. Fourquet, *L'archipel français. Naissance d'une nation multiple et divisée*, Paris 2019, S. 205.

16 Vgl. R. Bollmann, *Gesellschaft der Neider*, FAS v. 02.03.2025, S. 19.

17 Ebd.

Das sind die persönlichen Einschätzungen über die Verteilung des Reichtums in Deutschland. Wie sieht aber die Realität aus? Hier sind zwei unterschiedliche Arten von Reichtum zu betrachten: zum einen die Einkommensverteilung, zum andern die Verteilung der Vermögen.

Die Verteilung der Einkommen wird durch den Gini-Koeffizienten gemessen. Maßgeblich sind hier die Nettohaushaltseinkommen, bei denen die in Deutschland hohen staatlichen Transferleistungen zu Buche schlagen. Hier lag Deutschland 2014 mit einem Wert von 0,29 unterhalb des OECD-Durchschnitts, hatte jedoch 2000 mit 0,26 noch geringfügig niedriger gelegen.¹⁸ Dabei bedeutet ein Wert von 0,00 eine vollkommene Gleichheit, ein Wert von 1,00 eine vollkommene Ungleichheit. Den günstigsten Wert in dieser Übersicht weist Island mit 0,25, den schlechtesten in der Europäischen Union Litauen mit 0,38 auf – kaum vor den USA mit 0,39. Am Ende findet sich Costa Rica mit 0,40.

Es gibt auch Hinweise auf eine wachsende Ungleichheit: So ging die Einkommensschere zwischen den DAX-Vorständen und ihren Arbeitnehmern immer mehr auseinander. 2005 erhielt ein Vorstandsmitglied in einem DAX-Unternehmen durchschnittlich 42-mal so viel wie ein Beschäftigter. 2014 verdiente ein VW-Vorstand das 141-Fache eines VW-Mitarbeiters, ein Vorstand bei der Deutschen Bank das 56-Fache. Im Durchschnitt aller Dax-

18 Ch. Lammert, B. Vormann, *Das Versprechen der Gleichheit. Legitimation und Grenzen der Demokratie*. Weinheim 2022, S. 194.

Unternehmen lag der Faktor beim 53-Fachen.¹⁹ Diese Diskrepanz dürfte in den letzten Jahren weiter gestiegen sein. 2023 erhöhten sich die Bezüge der Vorstände börsennotierter Unternehmen um 11 Prozent, 2024 um 10,4 Prozent, die durchschnittlichen Einkommen der Arbeitnehmer lediglich um 4,9 Prozent 2023 und 5,4 Prozent 2024. Es kann nur einen kleinen Trost darstellen, dass die Einkommensunterschiede in den USA dramatisch höher ausfallen.²⁰

19 Hans Böckler Stiftung, Top-Saläre, Böckler Impuls 16/2013. Mitbestimmungsreport 25, Oktober 2016.

20 Hier verdienten die CEOs etwa 344-mal so viel wie „normale“ Arbeitnehmer. Im Vergleich dazu stand das Verhältnis 1965 bei 21 zu 1. Seit 1978 ist das Einkommen der CEOs in den USA um 1.209,2 Prozent gestiegen, während das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer lediglich um 15,3 Prozent zulegte; vgl. M. Large, So viel mehr verdienen DAX-Vorstände als ihre Mitarbeiter, in: all-electronics.de (abgefragt 16.04.2025).

Es kann nur paradox genannt werden, dass vor allem die Benachteiligten 2024 Donald Trump gewählt haben, dessen Politik ungeniert gerade den Allerreichsten dient und den USA den Charakter einer Plutokratie verleiht. –

Zu den extremen Ungleichheiten in den USA jetzt auch Lamert/Vormann, a.a.O., S. 193 ff.; C. Crook, The Hight of Inequality, The Atlantic Monthly, September 2006, S. 36 f. – Ähnlich R. A. Dahl, On Political Equality, New Haven/London 2006, S. 84, dem zufolge 1979 das Durchschnittseinkommen des obersten 1 Prozent 133-mal größer war als das der untersten 20 Prozent, im Jahr 2000 war es 139-mal größer. Die Bezahlung der 100 Top-Executives sei in 30 Jahren von dem 39-Fachen des durchschnittlichen Arbeiters auf das 1.000-Fache gestiegen. J. Stiglitz, Of the 1 %, by the 1 %, for the 1 %, Vanity Fair v. Mai 2012. – Vor 25 Jahren hätten die entsprechenden Zahlen 12 % bzw. 33 % betragen. Weitere kaum weniger deutliche Zahlen bei dems., The Price of

Die starke Einkommensspreizung in der Gesellschaft sei – so der amerikanische Ökonom Robert H. Frank – der Rationalität des Marktes geschuldet: Der globale Wettbewerb um die Spitzenkräfte in allen Bereichen – Wirtschaft, Medien, Kunst, Sport, ja selbst Universitäten – führe zur Bildung von „Winner-takes-it-all“-Märkten, auf denen die kleine Gruppe von Spitzenkräften unverhältnismäßig höhere Einkünfte erzielen könne als auch nur geringfügig schwächere Kräfte.²¹ Als Ergebnis einer Reihe von – auch technologischen – Veränderungen der Arbeitsmärkte konstatiert Frank: „Competitive labor markets²² now amplify individual differences in talent and effort into unprecedentedly large differences in pay. And since even differences in talent and effort stem in part from chance events over which we have little control, the upshot is that the relationship between luck and success is substan-

Inequality. Today Divided Society Endangers Our Future, New York/London 2013, S. 2 f., 85. Ebd., S. 23 zur Steigerung des Gini-Koeffizienten von 0,4 1980 auf heute 0,47 und damit höher als in der Türkei oder im Iran, sich den Ungleichheitsspitzenreitern der Welt mit 0,5 nähernd!

- 21 So die überzeugende Begründung von R. H. Frank, *The Darwin Economy. Liberty, Competition and the Common Good*, Princeton/Oxford 2011, S. 148 ff.; zu den Ursachen der wachsenden Ungleichheit auch J. Stiglitz, *Of the 1 %, by the 1 %, for the 1 %*, Vanity Fair v. Mai 2012.
- 22 Ein effizienter Wettbewerbsmarkt sei allerdings nicht die Ursache der hohen Einkünfte im Finanzsektor. Hier sei die günstige Regulierung verantwortlich, die sich dieser Bereich durch hohe Wahlkampfspenden „erkauft“ habe, so Frank, a.a.O., S. 154.

tially stronger now than at any point in human history.“²³ Dieser Erklärung wird aber auch entschieden widersprochen: Verantwortlich für diese Entwicklung seien nicht die Märkte, sondern die Politik mit ihren Entscheidungen im Steuerrecht, in der Ausgabenpolitik, im Arbeitsrecht – vor allem mit der Einschränkung der Koalitionsfreiheit und den Regelungen der Wahlkampffinanzierung.²⁴ Its just politics, stupid!

Offensichtlich wirkt die Ungleichheit im Bereich der Vermögen noch viel stärker als im Bereich der Einkommen. So sind nicht länger die unterschiedlichen Arbeitseinkommen für den unterschiedlich großen Wohlstand und unterschiedlich gute Lebenschancen verantwortlich; stattdessen ist in der Realität der Gesellschaft vor allem das Vermögen zur Triebkraft der Ungleichheit geworden. Gebildet wird das Vermögen vor allem durch den Besitz von Aktien und Immobilien. Bemerkenswerterweise werden die Erträge beider Vermögensarten in Deutschland geringer besteuert als Arbeitseinkommen. Und dieses Vermögen wird weniger durch Arbeit als vielmehr durch Erbschaft erworben. „Damit wird Wohlstand in Deutschland immer mehr zu einer Frage des Erbes und immer weniger

23 Frank, a.a.O., S. 154. – Für Deutschland zu ähnlichen Ursachen St. Hradil, Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf ... Gesellschaftliche Mitte und drohender Statusverlust in der „Dienstleistungsgesellschaft“, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.), Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland. Sinclair-Haus-Gespräch 26, Frankfurt am Main 2006, S. 34 ff., 41.

24 So G. Packer, The Broken Contract: Inequality and American Decline, Foreign Affairs 90 (Nov./Dec. 2011), S. 20 ff.

zu einer Frage des Berufes.“²⁵ Deutschland habe sich von einer Leistungs- zu einer Erfolgsgesellschaft entwickelt. Angesichts wachsender Ungleichheit der Vermögen bei gleichzeitig immer höheren Belastungen von Arbeitseinkommen würden der Erwerb und die Legitimierung von Statuspositionen in dieser neuen Gesellschaft immer weniger durch Anstrengung erreicht. Allerdings berichtet der im Oktober 2025 veröffentlichte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von einer Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich. Dennoch sei das Vermögen immer noch sehr ungleich verteilt.²⁶

25 R. Dorschel, Abschied von der Leistungsgesellschaft, FAZ v. 13.08.2025, S. 11.

26 FAZ v. 16.10.2025. Danach sei der Anteil der zehn Prozent Reichsten am gesamten Nettovermögen von 59 Prozent Anfang der Zehnerjahre auf 54 Prozent abgesunken. Der Anteil der Haushalte mit Schulden sei von neun auf sechs Prozent verringert. Auch der Gini-Koeffizient sei gesunken. Allerdings sei das Vermögen dennoch „insgesamt sehr ungleich verteilt“. Auch weiche die öffentliche Wahrnehmung von Armut und Reichtum von der statistisch gemessenen Wirklichkeit stark ab. So würden mit 32 Prozent doppelt so viele Menschen als arm eingeschätzt als statistisch ermittelt. Umgekehrt würde die Zahl der Reichen weit überschätzt.- Dazu auch D. Kreutzburg, Die soziale Ungleichheit nimmt ab, FAZ v. 16.10.2025, S. 17.

Bemerkenswert erscheint die historische Einordnung: Th. Piketti weist darauf hin, dass heute das Einkommensgefälle zwischen den obersten 1 Prozent und den unteren 50 Prozent sehr viel geringer sei als vor 100 Jahren. Angesichts der sich in den USA unter der zweiten Amtszeit von Donald Trump herausbildenden Plutokratie vermag allerdings seine Überzeugung, langfristig habe es in der Welt eine Tendenz zu mehr Gerechtigkeit gegeben, und diese Tendenz werde sich auch in der Zukunft fortsetzen,

Ganz allgemein wird über die ungerechte, weil ungleiche Steuerbelastung geklagt. Die Spitzenverdiener trügen nicht in dem gehörigen Maße durch ihre Steuern zum gemeinen Wohl bei. Frappierend erscheint hier die (Selbstan-)Klage eines der reichsten Männer der USA, Warren Buffet, er zahle weniger Steuern als seine Sekretärin.²⁷ Zwar scheint das in Deutschland anders zu sein. Hier fällt nicht nur der Steuersatz, sondern auch die tatsächlich gezahlte Steuer erheblich höher aus als in den USA. So kommt es, dass das reichste eine Prozent der Deutschen im Jahr 2005 durchschnittlich 81 Prozent seiner Bruttoeinkünfte als „zu versteuerndes Einkommen“ angegeben hat, die ärmere Hälfte dagegen nur 23 Prozent vom Bruttoeinkommen.²⁸ Auch tragen die zehn Prozent der reichsten Steuerzahler in Deutschland zu mehr als fünfzig Prozent der Einkommensteuer bei.²⁹ Doch auch

vielleicht überraschen. Vgl. in: Th. Piketti, M. J. Sandel, *Die Kämpfe der Zukunft. Gleichheit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert*, München 2025, S. 14 ff.

- 27 Damit stimmt die Feststellung des Congressional Research Service überein, dass 94.500 Millionäre einen geringeren Anteil ihres Einkommens an Steuern zahlten als 10,4 Millionen Steuerzahler mit einem geringeren Einkommen als 100.000 \$ pro Jahr, vgl. *New York Times* v. 16.10.2011, S. 10.
- 28 So unter Hinweis auf Zahlen des DIW P. Bernau, *Aufstand gegen die Superreichen im Land des Kapitalismus*, *FAS* v. 23.10.2011, S. 38.
- 29 Dieser Anteil ist erheblich höher als in anderen „typischen“ OECD-Staaten. Dort sollen die Top-10-Prozent zwischen 35 und 38 Prozent der gesamten Einkommensteuer zahlen, vgl. OECD-Bericht, *Divided we stand – Why inequality keeps rising*, Dezember 2011, S. 40.

hier wird über eine ungleiche Steuerbelastung geklagt, so etwa die steuerliche Begünstigung von Kapitaleinkünften oder aber – wie der damalige Präsident des Bundesfinanzhofs Rudolf Mellinghoff im Oktober 2011 anmerkte – bei Erbschaften die äußerst ungleiche Behandlung von Betriebs- und sonstigem Vermögen.³⁰

Insgesamt sollte die kritische Einschätzung des früheren Verfassungsrichters Paul Kirchhof zur Steuergerechtigkeit in Deutschland zu denken geben: „Wer viel verdient, kann seine Steuerschuld mindern. Er kann gute Berater bezahlen, stille Reserven bilden, Firmen verschachteln, Auslandsgesellschaften einrichten und so Gewinne und Verluste verschieben. Wer über viel Vermögen verfügt, kann die Steuer vermeiden. Aber nicht der, der mit seinem gesamten Jahreseinkommen sich und seine Familie ernähren muss.“ Und auf die Frage, ob das nicht heißt, dass wir ein Steuersystem zulasten der Ärmeren haben, fügt er hinzu: „Ja. Die Schwachen werden belastet und die Starken begünstigt.“³¹

Ähnliches wird für französische Gesellschaft berichtet. Deren Spaltung wird anschaulich von dem Geografen Christophe Guilluy beschrieben: In vielfacher Hinsicht – sei es das Wohnumfeld, seien es die Bildungsmöglichkeiten und nicht zuletzt die kulturellen Werte, etwa der vorherrschende Multikulturalismus – erkennt er eine tiefe Spaltung der Gesellschaft.³² Als Ursachen nennt er die

30 Interview im Handelsblatt v. 01.11.2011.

31 Interview in FAS v. 22.08.2011.

32 Ch. Guilluy, *Fractures françaises*, Paris 2010.

Implosion der Mittelschicht und die Globalisierung, durch die sich immer mehr eine Parallelgesellschaft der populären Schicht entwickelt habe, die sich gegen die herrschende Schicht wende. Diese Entwicklungen führten – so der Autor – zum Populismus, den er jedoch im Unterschied zu vielen als rationale und folgerichtige Reaktion der niederen gegen die höheren Schichten ansieht.³³ Auch der Politikwissenschaftler Pierre Rosanvallon beklagt das hohe Maß an Ungleichheit in der französischen Gesellschaft. Diese werde zwar von vielen als ungerecht, ja als skandalös angesehen. Doch gleichzeitig sei das mit einem dumpfen Widerstand verbunden, etwas zu ändern. Er verweist auf eine Untersuchung in Frankreich 2009, der zufolge nahezu 90 Prozent der Befragten der Ansicht waren, dass der Abstand zwischen den Einkommen verringert und dass für jeden die Grundbedürfnisse – Wohnen, Nahrung, Gesundheit, Bildung – garantiert werden müssten. Aber gleichzeitig hielten 57 Prozent die Einkommensunterschiede für eine entwicklungsfähige Wirtschaft für unverzichtbar und sogar 85 Prozent, wenn die Einkommensunterschiede unterschiedliche Leistungen belohnten. Er nennt dies ein Paradox oder gar eine Schizophrenie der Gegenwart.³⁴ Anders als Guilluy schätzt Rosanvallon den

33 Ebd., S. 168, 181 ff.; ebenso ders., *La France périphérique. Comment on a sacrifié les classes populaires*, Paris 2014, S. 88 ff.

34 Rosanvallon, *La société des égaux*, a.a.O., S. 16 f. – Differenziert zu den Untersuchungsergebnissen M. Forsé et al., *L'égalité. Une passion française?* Armand Colin 2013.

Populismus als „politique pure de l'impolitique, anti-politique achevée, contre-démocratie absolue“ ein.³⁵

2. Abstiegsängste

Genauso wie bei den Zweifeln an der Chancengleichheit mögen aber vielleicht nicht allein die harten Zahlen als vielmehr Empfindungen für die Einschätzung der ökonomischen Lage des Einzelnen verantwortlich sein. So beobachtet Heinz Bude eine „Statuspanik in der gesellschaftlichen Mitte“.³⁶ In der Gesellschaft seien Spaltungstendenzen zu erkennen, die den gesicherten sozialen und ökonomischen Status zahlreicher Beschäftigter bedrohten. Er verweist auf Untersuchungen von St. Hradil, der ein Lagebild beschreibt, das von steigender Arbeitsanspannung und sinkenden relativen Einkommenspositionen und auch von einem gewissen quantitativen Schrumpfen mittlerer Schichten kündigt: „Das Bildungsbürgertum, einstmals das gesellschaftliche Leitmilieu schlechthin, ist sehr klein geworden, wenn es überhaupt noch existiert.“³⁷

35 Rosanvallon, *La contre-démocratie. La politique à l'âge de la défiance*, Paris 2006, S. 271.

36 H. Bude, *Gesellschaft der Angst*, 3. Aufl., Hamburg 2015, S. 60 ff.
– Zu der über das Finanzielle hinausgehenden dramatischen Spaltung der amerikanischen Gesellschaft Ch. Murray, *Coming Apart. The State of White America, 1960–2010*, New York 2012.

37 Hradil, a.a.O., S. 40. – vgl. auch M. Werding, M. Müller, *Globalisierung und gesellschaftliche Mitte*, in: Herbert Quandt-Stiftung (Hrsg.), *Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht*, Frankfurt am Main 2007,

Hat man vor Jahren die Bedrohungen durch die Automatisierung der Unternehmen beschworen, so müssen heute selbst die vor Jahren gesuchten IT-Programmierer befürchten, durch KI ersetzt zu werden. Prekäre Existenzen gibt es aber auch seit Langem bei der großen Zahl der am Rande des Existenzminimums Tätigen, der Schein- und befristet Beschäftigten.

Auch in Frankreich spricht der Geograf Christophe Guilluy von einer Implosion der Mittelschicht, die es in der Epoche der Trente Glorieuses für die Generation der Babyboomer gegeben habe. Heute sei sie zerbröselt in eine untere Mittelklasse, eine mittlere Mittelklasse und eine obere Mittelklasse. Nahezu ein Viertel der Dreißig- und Vierzigjährigen gehöre zu einer niedrigeren Schicht als ihre Eltern. Für die nach 1960 Geborenen beobachte man eine bisher nicht gekannte Verschlechterung ihrer Aufstiegschancen. Ungeachtet dieser Realität hielten alle an ihrer Zugehörigkeit zur Mittelschicht fest. Dadurch werde der Begriff der Mittelschicht weniger durch objektive soziale Indikatoren als vielmehr durch ideologische Elemente einer multikulturellen Gesellschaft geprägt.³⁸ Und die grundlegende Studie von Jérôme Fourquet beschreibt die Spaltung der französischen Gesellschaft als Archipel, der

S. 103 ff., 157, die auf die wachsenden Existenzängste der gesellschaftlichen Mitte angesichts sinkender Einkommensvorsprünge und zunehmender Arbeitsmarktrisiken aufmerksam machen.

38 Ch. Guilluy, *Fractures françaises*, a.a.O., S. 77 ff.

als Reste eines früheren einheitlichen Landes übrig geblieben sei.³⁹

Eine andere Untersuchung stimmt nur teilweise mit diesen Analysen überein: Die Soziologen Dominique Goux und Éric Maurin stellen gleichfalls fest, dass die Mittelklasse noch niemals so ängstlich gewesen sei, was ihre Zukunft und die ihrer Kinder angehe. Die Menschen litten unter dem wachsenden Wettbewerb, Zweifeln an ihren Fähigkeiten und ihrer unsicheren Zukunft.⁴⁰ Aber anders als Guilly betonen Goux und Maurin die bleibende Bedeutung der Mittelklassen für die Stabilität des sozialen Gebäudes. Sie seien von den Folgen der ökonomischen Schwäche seit den 1980er-Jahren nicht so brutal betroffen wie die Unterschichten. Ihre Arbeitslosigkeit sei viel niedriger, ihre Zahl sei deutlich gestiegen und Anfang der Zweitausenderjahre zähle sich mit 40 Prozent eine doppelt so hohe Zahl von Individuen wie in den 1960er-Jahren zur Mittelschicht. Die Autoren widersprechen auch der Behauptung einer Deklassierung der Kinder der Mittelschicht.⁴¹ Übereinstimmen beide Untersuchungen nur in der Beschreibung der territorialen Spaltung Frankreichs.⁴²

Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft der Trente Glorieuses ist zerfallen zu einer Drei-Klassen-Gesellschaft, die auch Andreas Reckwitz seziert: neue Mittelklasse, al-

39 Fourquet, a.a.O.

40 D. Goux, É. Maurin, *Les nouvelles classes moyennes*, Seuil 2002, S. 29, 39, 112.

41 Goux/Maurin, a.a.O., S. 48 ff., 73 ff.

42 Goux/Maurin, a.a.O., S. 91 ff.

te Mittelklasse, prekäre Klasse.⁴³ Während die Dynamik der Postindustrialisierung und der Bildungsexpansion die neue aus der alten Mittelklasse nach oben hebe, „treiben die *gleichen* Mechanismen von Postindustrialisierung und Bildungsexpansion nach unten eine neue prekäre Klasse aus der alten Mittelklasse heraus“.⁴³ Aber es bleibe nicht bei dem materiellen Auf- und Abstieg: Denn die spätmoderne Sozialstruktur werde „also auch und gerade von symbolischer *Auf- und Abwertung* zwischen den disparaten Lebenswelten geprägt. So können sich kulturelle Differenzen in Muster einer Polarisierung bis hin zum Bruch verwandeln.“⁴⁴ Den gesellschaftlichen Wandel, den die neue Mittelklasse größtenteils als Chance wahrnehme, begreife die alte Mittelklasse – anders als die neue Mittelklasse in den Klein- und Mittelstädten oder auf dem Land und nicht in den Metropolen wohnend – so eher als Bedrohung ihres kulturellen Einflusses und sozialen Status. Die ehemals Etablierten fühlten sich dann an die Peripherie gedrängt, und eine mögliche Reaktion darauf sei politisch-kulturelles Ressentiment. „Der rechte Populismus mit seiner Kritik an den Eliten, den Metropolen und der Globalisierung findet so in Teilen der alten Mittelklasse eine

43 A. Reckwitz, *Das Ende der Illusionen*, 4. Aufl., Berlin 2020, S. 63 ff.- Dazu eingehend jetzt auch ders., *Verlust. Ein Grundproblem der Gesellschaft*, 5. Aufl., Berlin 2025, S. 333 ff.

43 Reckwitz, *Das Ende der Illusionen*, a.a.O., S. 87. Hervorhebung im Original.

44 Reckwitz, *Das Ende der Illusionen*, a.a.O., S. 89, Hervorhebung im Original.

seiner wichtigsten Trägergruppen.“⁴⁵ Neben Postindustrialismus und Bildungsexpansion nennt Reckwitz aber auch das liberale Lebensmodell der neuen Mittelklasse, auf das der aggressive Populismus reagiert: Er postuliert eine soziale Schließung der Nationalstaaten, eine Reetablierung kultureller Gemeinschaften unter Rückgriff auf alte Muster eines homogenen Kollektivs sowie den Rückgriff auf die Vergangenheit, das Alte, die Geschichte und Tradition, in denen Religion, Nation und Volk ihren Ursprung haben sollten.⁴⁶ Eine Politisierung könnte sich jedoch auch bei der prekären Unterschichtenklasse einstellen, die sich nicht nur materiell, sondern auch kulturell entwertet sehe. Sie könne sich als „sozial abgehängt“ in die politische Indifferenz oder aber in Parallelgesellschaften zurückziehen. Es könne jedoch auch zu einer Repolitisierung kommen, die entweder im Rahmen einer linkssozialistischen Linken stattfinde – in Frankreich in der von Jean-Luc Mélenchon geführten Bewegung *La France insoumise* – oder aber wie in Teilen der alten Mittelklasse den Weg über die populistische Rechte nehme.⁴⁷ Wenn die Menschen das Gefühl erleben, dass weder sie noch ihre Kinder eine richtige Chance haben, dann lehnen sie das ganze System ab. Sie beginnen, nach Lösungen zu suchen, die außerhalb des traditionellen Spektrums liegen. Enttäuschungen über fehlgeschlagene Erwartungen vermögen intensive negative Emotionen zu erzeugen: „Angst (aufgrund des Schei-

45 Reckwitz, *Das Ende der Illusionen*, a.a.O., S. 102.

46 Vgl. Reckwitz, *Das Ende der Illusionen*, a.a.O., S. 44.

47 Vgl. Reckwitz, *Das Ende der Illusionen*, a.a.O., S. 105 ff.

terns) oder in der ‚nach außen‘ gerichteten Form der Wut (über das Misslingen und die vermeintlich Verantwortlichen). Persistierende Enttäuschungen können daher entweder in depressives Erleben oder in aggressives Verhalten umschlagen.“⁴⁸ Es sei nicht verwunderlich, dass die spätmoderne Gesellschaft ein Depressions- wie auch Aggressionspotenzial habe. Psychologen identifizieren ein neues Krankheitsbild: eine „politico-anxiété“. Sie äußere sich in einem Gefühl der Bedrohung oder der Ohnmacht gegenüber einem unsicheren politischen Kontext.⁴⁹

Gewaltsame Ausschreitungen gehören sowohl bei der äußersten Linken in Frankreich – les gilets jaunes – als auch bei den radikalen Rechten in Deutschland – Pegida, Querdenker, Reichsbürger, Teile der AfD – zum Alltag. Rechtsextreme Gewalttaten vor allem auch in Ostdeutschland haben ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Durch die Neuen Medien werden diese Entwicklungen im wahrsten Sinne des Wortes befeuert (dazu s. u., Kap. IV.2). Aber Aufforderungen zur Entrüstung sind auch literarisch möglich, wie die millionenfach in Frankreich und darüber hinaus verbreitete Schrift „Indignez-vous!“ von Stéphane Hessel bewiesen hat.⁵⁰

2022 blickten bei der Antwort auf die Frage, ob es zukünftigen Generationen in Deutschland besser oder schlechter gehen werde, mehr als vier Fünftel pessimis-

48 Reckwitz, Das Ende der Illusionen, a.a.O., S. 233.

49 Vgl. Le Monde v. 29./30.05.2025, S. 29: Politico-Anxiété – unter Hinweis auf empirische Studien in den USA und Frankreich.

50 St. Hessel, Indignez-vous! Indigène, Paris 2010.

tisch in die Zukunft. Das stellte eine deutlich Steigerung gegenüber 2019 dar, als nur knapp zwei Drittel die Zukunft negativ sahen.⁵¹ Dabei galten die Zukunftssorgen vor allem den Themen Klima, Hass und Feindseligkeiten, Krieg, Verlust sozialer Sicherheit und Inflation.

Die Angst vor der Zukunft soll vor allem bei jungen Menschen im Alter zwischen sechzehn und fünfundzwanzig Jahren verbreitet sein. Einer umfangreichen Untersuchung der UNICEF zufolge haben drei von vier Befragten Angst vor der Zukunft. Angesichts der vielfältigen Krisen habe sich rund um den Erdball eine depressive Stimmung ausgebreitet. In vielen Ländern stimmte mehr als die Hälfte der Befragten der Aussage zu, die Menschheit sei angesichts des Klimawandels dem Untergang geweiht. Die Welt werde als gefährlich wahrgenommen. Diese Wahrnehmung verbinde sich mit der Erfahrung eigener Verletzbarkeit und einem Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber dem Lauf der Dinge. Gleichzeitig würden jedoch große Erwartungen in persönliche Ausbildung als Instrument gesetzt, die individuellen Lebensverhältnisse zu verbessern.⁵² Auch die Deutschen schätzten 2025 die Zukunftserwartungen der jüngeren Generation ausgesprochen pessimistisch ein. Etwas weniger als die Hälfte der Befragten schätzten deren Zukunftsaussichten als eher schlecht oder

51 V. Best, F. Decker, S. Fischer, A. Küppers, *Demokratievertrauen in Krisenzeiten*, hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 2013, S. 15 f.

52 Vgl. St. Sahm, *Imagination gegen Depression*, FAZ v. 09.04.2025, S. 4.

sehr schlecht ein, während vor 10 Jahren noch fast drei Viertel eine positive Erwartung hegten.⁵³ Diese Werte werden durch die Trendstudie Jugend in Deutschland 2025 bestätigt, über die – ebenso wie über die ganz anderen, positiven Umfrageergebnisse der 19. Shell-Jugendstudie 2024 – bereits berichtet wurde (s. Einleitung).

3. Globalisierung und Europäisierung

Eine besonders einschneidende Form der Entfremdung stellt die Wanderung von Aufgaben und Entscheidungen von dem demokratisch verfassten Staat zu internationalen und insbesondere europäischen Institutionen dar. Die Bürger fühlen sich den dort getroffenen Entscheidungen zunehmend ausgeliefert; diese können nicht mehr unmittelbar auf das Volk zurückgeführt werden. Das Grundprinzip des demokratischen Herrschaftsprinzips wird damit – so die Klage – empfindlich gestört, wenn nicht ganz außer Kraft gesetzt. Die im Grundgesetz angelegte „offene Staatlichkeit“ (Art. 24 GG) produziert Demokratiekosten, die damit verbundene „Entparlamentarisierung mündet tendentiell in Entdemokratisierung“.⁵⁴

In einer glänzenden Polemik attackiert Hans Magnus Enzensberger die Entdemokratisierung der Europäischen Union: „Damit ist sie zwar der bisher kühnste, aber durchaus nicht der einzige Versuch, eine so ureuropäische Erfin-

53 Institut für Demoskopie Allensbach, FAS v. 26.04.2025, S. 17.

54 Dreier, a.a.O., S. 42 f.

derung wie die Demokratie hinter sich zu lassen; denn mit ihrem Hang zu Bevormundung und Kontrolle steht sie durchaus nicht allein da [...] Die Union sieht ihre Aufgabe nicht darin, ihre Bürger zu unterdrücken, sondern darin, alle Lebensverhältnisse auf dem Kontinent möglichst lautlos zu homogenisieren. Hier wird nicht an einem neuen Völkergefängnis gebaut, sondern an einer Besserungsanstalt, der die gütige, aber strenge Aufsicht über ihre Schutzbefohlenen obliegt. Im Idealfall soll das Leben ihrer Zöglinge von einer paragraphenreichen Hausordnung, die von der Festlegung des Wohngeldes bis zum gesunden Speiseplan reicht, zentral geregelt und normiert werden.“⁵⁵

Die von dem Wirtschaftsfachmann Jean Monnet 1951 technokratisch konstruierte europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl – die Montanunion – fand mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als apolitischer Rechtsgemeinschaft 1957 ihren Fortgang. Deren erster Präsident, der Jurist Walter Hallstein – vormals Professor für Zivilrecht an der Frankfurter Goethe-Universität –, setzte bewusst auf die verbindende Kraft des Rechts; die höchst politische Bedeutung dieser neuen Institution wurde bewusst ausgeblendet. Die Rechtsgestalt wurde im Folgenden maßgeblich vom Europäischen Gerichtshof fortentwickelt. Genannt seien nur seine frühen Entscheidungen,⁵⁶ in denen kühn der Anwendungsvorrang des europäischen Rechts vor dem nationalen Recht der

55 H. M. Enzensberger, *Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas*, Berlin 2011, S. 57 ff.

56 Etwa EuGH, Rs. 6/64 – *Costa/ENEL* v. 15.7.1964 oder EuGH, Rs. 106/77 – *Simmenthal II* v. 9.3.1978.

Mitgliedstaaten angenommen wurde – Entscheidungen, durch die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, mittlerweile zur Europäischen Gemeinschaft fortentwickelt, eine neue, von keiner demokratischen Instanz diskutierte und beschlossene Rechtsgestalt gewann.

Ähnlich wie Enzensberger mit seiner Klage über die technokratische, nach der „Methode Monnet“ geprägte Gemeinschaft kritisiert auch Ralf Dahrendorf die Entwicklungen der europäischen Gemeinschaften. In seiner Rede anlässlich der Verleihung des Walter Hallstein Preises 2002 in Frankfurt am Main warnte er eindringlich vor einfachen Lösungen von komplexen Problemen. In diesem Zusammenhang kritisierte er auch das theoretisch eindrucksvolle Konzept der Sachlogik der europäischen Entwicklung Hallsteins, den er gleichwohl als bedeutenden Kommissionspräsidenten bezeichnete. Die Welt der „Sachlogik“ mache Demokratie sozusagen entbehrlich. Volksabstimmungen zu von Regierungen in Maastricht oder Nizza ausgehandelten Verträgen kämen da nicht vor. Die der „Sachlogik“ zugrunde liegende Konzeption sei nicht politisch. Ihr fehle der Blick auf die Legitimation durch die Wahlbürger. Um aber den Aspirationen ihrer Verfechter gerecht zu werden, müsse die Europäische Union politischer werden, nämlich konkreter entscheidungsbezogen und zugleich demokratischer. Ebenso klar wandte sich Dahrendorf gegen Vorstellungen eines Europäischen Bundesstaates. Vielmehr gehe es darum, verständlich zu machen, dass die Europäische Union als Nicht-Bundesstaat heute schon das Beispiel eines Paradigmenwechsels

hin zu einer neuartigen, nicht etatistisch fixierten politischen Union von demokratischen Nationalstaaten darstelle und dass sie in dieser Form einem kosmopolitischen Leitprinzip verpflichtet sei. Europas Beitrag zu einer aufgeklärten, liberalen und demokratischen Weltordnung liege in dem offenen Prozess der Entwicklung gemeinsamer Politiken und Interessen, die auf demokratische Weise rechtliche Form gewannen. Er liege in der intensiven Kooperation in weltbürgerlicher Absicht. In seinem Urteil über die Europäische Union kommt er auch an einer anderen Stelle zu dem Schluss: Sie „ist keine Demokratie und sie ist auch nach dem sogenannten Verfassungsvertrag nicht auf dem Wege dorthin. Sie ist eher ein Symptom des demokratischen Dilemmas, das die liberale Demokratie unter Druck setzte.“⁵⁷

Über den Zustand der Europäischen Union existieren ganze Bibliotheken. Erwähnt werden soll nur das ausgewogene Urteil von Alexander Thiele in seiner Darstellung „zur Zukunft der Europäischen Union“. Darin beschreibt er die nicht geringen Fortschritte der Demokratisierung der Union, ohne die bleibenden Defizite zu verschweigen: die Beschränkung der Gleichheit der Wahl, das fehlende Initiativrecht des Europäischen Parlaments, die fehlende politische Öffentlichkeit.⁵⁸ Mit vielen anderen kritisiert

57 R. Dahrendorf, *Auf der Suche nach einer neuen Ordnung*, 2. Aufl., München, 2003, S. 123.

58 A. Thiele, *Defekte Visionen. Eine Intervention zur Zukunft der Europäischen Union*, Frankfurt/New York 2024, S. 86 ff. mit umf. Nachw.

Thiele vor allem die unübersichtliche Struktur der europäischen Kompetenzordnung. Hierzu gehörten ein Selbstverständnis des Europäischen Gerichtshofs als Motor der Integration sowie die unübersichtlichen gemeinsamen Zuständigkeiten von Union und Mitgliedstaaten: „In der Europäischen Union findet sich mittlerweile kaum ein Bereich, der von diesen gemeinsamen Zuständigkeiten nicht erfasst wäre.“⁵⁹ Sollte noch irgendein denkbarer politischer Bereich fehlen, so kann in diesem die Union „unterstützend“ tätig werden. Es ist diese Übergriffigkeit in nahezu alle Lebensbereiche, die von den Bürgern als entmündigend empfunden wird. Alle bisherigen Versuche, die immer wieder betonte Subsidiaritätsklausel zu effektuieren, sind im Sande verlaufen.⁶⁰ Damit ist jedoch – so ist zu befürchten – noch kein Ende der „stetigen Integrationsverdichtung“ erreicht, heißt es doch in Art. 1 Abs. 2 EUV, dass die Europäische Union „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union“ darstellt.

Die fehlende europäische Öffentlichkeit stellt jedoch nur den Ausdruck eines tiefersitzenden Problems dar: der in den letzten Jahren zunehmenden Schwäche einer europäischen Identität. Werner Weidenfeld konstatiert, dass die alten prägenden Ideen und Aufgaben nach dem Krieg mit den elementaren Begründungen von Krieg und Frieden ihre Schubkraft verbraucht haben, ohne dass neue

59 Thiele, a.a.O. S. 101.

60 Dazu R. Steinberg, Die Subsidiaritätsklausel im Umweltrecht der Gemeinschaft, Staatswissenschaften und Staatspraxis, 1995, H. 3, S. 293 ff.

an ihre Stelle getreten sind. „Eine politische Ordnung muss für die Menschen als gerechtfertigt erscheinen und sie muss in ihrer elementaren Ordnungsidee und in ihren Entscheidungsprozessen akzeptiert sein. Diese Existenzfrage eines jeden Systems“ – so Weidenfeld – „findet bisher zu Europa keine klare Antwort.“⁶¹ Dieses Fehlen einer europäischen Identität wird aber vor allem auch durch die Gegebenheiten der modernen Massengesellschaft geprägt, die durch technologische Produktionsbedingungen, durch abstraktes Spezialwissen, durch Anonymität der Beziehungen, durch plurale Lebenswelten gekennzeichnet ist. In dieser Situation gebe es „einen hohen Bedarf an kollektiver Identität, an Orientierungsleistung“, ein „vagabundierendes Identitätsbedürfnis“.⁶² Es gelte deshalb, „die Begeisterung einer identitätsstiftenden Idee freizusetzen.“⁶³ Das stellt zweifellos eine größere Herausforderung dar als Modifikationen der europäischen Regelwerke, so notwendig diese auch sein mögen.

Nur nebenbei sei erwähnt, dass der unionsrechtliche Regelungsdschungel die Regierungen der Mitgliedstaaten in vielen Fällen hindert, das von ihren Bürgern und Wählern Erwartete und Geforderte zu tun. Das führt nicht selten zu Enttäuschungen, auch gegenüber den in den Mitgliedstaaten verantwortlichen Politikern, die Legitimität einbüßen.

61 W. Weidenfeld, *Europa. Eine Strategie*, München 2014, S. 60.

62 Weidenfeld, a.a.O., S. 25.

63 Weidenfeld, a.a.O., S. 109.

In seiner Philippika konnte Enzensberger noch konstatieren, wenig spreche dafür, dass die Europäer dazu neigten, sich gegen ihre politische Enteignung zur Wehr zu setzen; bisher führe das berühmte demokratische Defizit nicht zu einem Aufstand, sondern eher zu Teilnahmslosigkeit und Zynismus, zur Verachtung der politischen Klasse oder zur kollektiven Depression.⁶⁴ Doch hat sich das seither deutlich verändert. Die Verachtung der politischen Klasse, der „Bürokraten in Brüssel“, hat – mobilisiert und organisiert auch durch die Neuen Medien – zu einer organisierten Ablehnung der Europäischen Union geführt. In einer Reihe von Mitgliedsländern sind derartige Positionen vertretende Parteien in der Regierung; in Deutschland wird die AfD, die aus der EU austreten will, von mehr als einem Fünftel der Wahlberechtigten gewählt. Die Zustimmung zur Europäischen Union unterscheidet sich in den Mitgliedsländern erheblich. Während in Deutschland 53 Prozent „ziemlich zufrieden“, fünf Prozent sogar „sehr zufrieden“ sind, liegen die vergleichbaren Zahlen in der Slowakei nur bei 39 Prozent. Die größte Ablehnung erfährt die EU in Rumänien und Österreich, wo 25 Prozent bzw. 18 Prozent die Mitgliedschaft in der EU für eine schlechte Sache halten. Aber auch in Deutschland irritiert die hohe Ablehnung von 30 Prozent, die nicht sehr zufrieden, und acht Prozent, die überhaupt nicht mit der EU zufrieden sind.⁶⁵

64 Enzensberger, a.a.O., S. 60.

65 Zahlen bei A. Thiele, a.a.O., S. 83 f.

Neben der Europäisierung politischer Entscheidungen schränken auch internationale Verträge nationale Entscheidungsspielräume ein. Derartige Verträge werden von der Exekutive geschlossen. Der Deutsche Bundestag kann ihnen in einer Ratifikationslage lediglich zustimmen oder sie ablehnen (Art. 59 Abs. 2 GG); auf ihren Inhalt kann er keinen Einfluss nehmen. Eine ganze Reihe von internationalen Organisationen wie die World Trade Organization (WTO) hat nicht nur weitreichende Auswirkungen auf die Handelspolitik, sondern auch auf ganz andere Bereiche wie etwa die Gesundheits- und Umweltpolitik oder den Verbraucherschutz. Die Entwicklung einer globalen Wirtschafts- und Finanzordnung wird schließlich durch andere Akteure bestimmt: Weltbank, IMF, ILO, OECD. Die Folge waren weltweite Verlagerungen von Produktionen, die Entstehung weltweiter Liefer- und Produktionsketten und nicht zuletzt und wohl besonders folgenreich ein globaler Finanz- und Kapitalmarkt, der von einer Handvoll Global Players dominiert wird. Und unstreitig heißt Globalisierung immer zugleich Entdemokratisierung.

Diese Globalisierung hat wohl unzweifelhaft zu einer deutlichen Hebung des Lebensstandards auch in Europa – ganz zu schweigen von Ländern des „Globalen Südens“ wie in China – beigetragen. Allerdings sind die Gewinne nicht allen in gleicher Weise zugutegekommen. Diejenigen, deren Arbeitsplätze in die osteuropäischen Länder, vor allem aber nach China und in andere südostasiatische Staaten verlagert worden sind, sind oftmals leer ausgegangen. Sie sind die Verlierer der Globalisierung. Und auch

die melden sich zunehmend nicht nur in den Medien, sondern auch auf der Straße, in Parteien und bei Wahlen.⁶⁶

Europäisierung, Globalisierung und nicht zuletzt die wachsende Immigration beflügeln den Populismus. Diese großen Umwälzungen in den letzten Jahrzehnten haben für viele Menschen auch in den westlichen Ländern zu großen Fortschritten geführt; mittlerweile werden sie zunehmend als Gefahr des Rückschritts wahrgenommen. Ein Teil der Europäer lebt seither in der Furcht der kollektiven, aber auch der individuellen Deklassierung. Für einen Bürger verbindet sich die Angst, seine Position in der Gesellschaft zu verlieren, mit der Befürchtung, sein Land könne in der Geschichte an Bedeutung verlieren.⁶⁷

66 In den USA stellen sie das Gros der Trump-Wähler dar, vgl. Deneen, a.a.O., S.156 f., 218 ff; P. Norris, R. Inglehart, *Cultural Backlash*, Cambridge 2019, S. 339 f., 349 ff.

67 D. Reynié, *Populismes: La pente fatale*, Plon 2011, S. 16 f.